

HUBERT LAITKO:

»Sozialismus oder Barbarei?«

Jürgen Kuczynski und das Problem
der historischen Alternativen

Die Ansicht, dass unsere Epoche vor der historischen Alternative von Sozialismus oder Barbarei steht, unter Rückgriff auf Marx mit der Wucht eines Menetekels formuliert, war wohl Jürgen Kuczynskis zentrales Credo, das sein Geschichtsbild, seine Zukunftsvorstellungen und seine Hoffnungen verband. Bis zuletzt, gerade auch über die »Wende« von 1989/90 hinaus, hat er daran festgehalten. In seinem späten Buch *Letzte Gedanken?* (1995) ist zu lesen: »Marx sprach einst davon, und er hat das seiner und meiner Ansicht nach wissenschaftlich bewiesen, dass vor der Menschheit die Alternative steht: Sozialismus oder Barbarei. Ich glaube, die Entwicklung in Deutschland gibt ihm recht.«¹ Mehrfach erscheint dieses Credo auch im *Fortgesetzten Dialog mit meinem Urenkel* (1996), jenem Buch, für das er sich einleitend mit dem Hinweis darauf entschuldigte, dass er eigentlich gar kein Buch mehr schreiben wollte.² Meines Erachtens sollte man den *Dialog* (1977, gedruckt 1983)³ zusammen mit seiner Fortsetzung, nicht zuletzt wegen der ausgeprägt persönlichen Note dieser beiden Texte und ungeachtet ihrer eher journalistischen Ausdrucksform, als zentrale Dokumente seines politischen und wissenschaftlichen Vermächnisses auffassen. So hatte er es offenbar auch selbst gemeint; sein Tagebuch enthält unter dem 7. 11. 1987 die Notiz: »Der ›Urenkel‹ ist doch auch als politisch-strategisches Werk für Historiker von großer Bedeutung.«⁴ Die dezidiert schlichte Schreibweise war bei ihm ein wohlbedacht eingesetztes Stilmittel. Mit typisch Kuczynskischer Koketterie heißt es hier: »Ich habe als Wissenschaftler von meiner zweitklassigen Fähigkeit als Journalist profitiert und als Journalist von meiner zweitklassigen Fähigkeit als Wissenschaftler, so dass ich fälschlicherweise bei beiden Tätigkeiten bisweilen zu hoch eingestuft wurde.«⁵ Solche Erklärungen pflegte er mit der Anekdote zu verbinden, mit seiner Dissertation hätte er beinahe seinen Vater Robert René Kuczynski auf dem Gewissen gehabt, weil dieser bei der Lektüre des philosophisch hochgestochen formulierten Werkes in der Badewanne vor Langeweile eingeschlafen sei und vor dem Untergehen gerade noch durch die zum Essen rufende Mutter habe gerettet werden können. In seinen Memoiren 1989-1994 erinnerte sich Jürgen Kuczynski daran, dass er vor damals siebzig Jahren sein erstes Buch *Zurück zu Marx* zu schreiben begonnen hatte: »Damals war ich vor allem theoretisch interessiert und schrieb einen schrecklich komplizierten Stil – mit Hegel und Marx und den Neukantianern in Heidelberg, meiner Studienheimat, als Vorbild. Heute bin ich vor allem empirisch interessiert und bemühe mich,

Hubert Laitko – Jg. 1935; Prof. Dr., Wissenschaftshistoriker. Wichtige Publikationen: Bernhard von Brocke, Hubert Laitko (Hrsg.): *Die Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*, Berlin/New York 1996. Zuletzt in UTOPIE kreativ: *Generationengerechtigkeit: Die Verknüpfung ökologischer und sozialer Zielstellungen im Nachhaltigkeitskonzept* (mit Reinhart Bellmann und Klaus Maier), Heft 153/154, (Juli/August 2003)

1 Jürgen Kuczynski: *Letzte Gedanken?* Zu Philosophie und Soziologie, Geschichtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft, schöner Literatur und zum Problem der deutschen Intelligenz, Köln 1995, S. 93 f.

2 Jürgen Kuczynski:
Fortgesetzter Dialog mit
meinem Urenkel. Fünzig
Fragen an einen unverbes-
serlichen Urgroßvater,
Berlin 1996, S. 6.

3 Jürgen Kuczynski:
Dialog mit meinem Urenkel.
Neunzehn Briefe und ein
Tagebuch, Berlin und
Weimar 1983.

4 Jürgen Kuczynski:
Schwierige Jahre – mit
einem besseren Ende?
Tagebuchblätter 1987 bis
1989, Berlin 1990, S. 64.

5 Kuczynski, Fortgesetzter
Dialog (wie Anm. 2), S. 181.

6 Jürgen Kuczynski: Ein
hoffnungsloser Fall von
Optimismus? Memoiren
1989–1994, 2. erw. Auflage,
Berlin 1995, S. 16. Auch
auf seine Schüler wirkte
Kuczynskis Verhältnis zur
Sprache prägend. Nach
Meinung von Jan Peters
»erweist sich auch der
Schreibstil Kuczynskis als
ein aktuelles Erbe-Problem.
Sollten wir als Beobachter
der Wissenschaftssprache
uns nicht darauf besinnen
können, dass verwickelte
bis verworrene Ausdrucks-
weisen nicht unbedingt für
Tiefe stehen, dass man
zwar immer, auch auf neue
Richtungen, neugierig, aber
im Stil nicht unbedingt ›mo-
dern‹ sein muss?« – Jan
Peters: Jürgen Kuczynski
zum 100. Geburtstag am
17. September 2004, in:
Sitzungsberichte der Leib-
niz-Sozietät 74 (2004),
S. 113-120, hier S. 119.

7 Zum Vorwurf der Nostal-
gie, der sich nach 1990 zu
einem banalen, inflationär
gebrauchten Totschlag-
argument gegen jede diffe-
renzierte historische Be-
trachtung der DDR jenseits

einfach, jedem verständlich zu schreiben.«⁶ Angesichts dieser auto-
biographisch-ironisch gerechtfertigten Stilentscheidung ist man nicht
von vornherein schlecht beraten, wenn man versucht, auf seine Texte
eine stärker ausgefeilte Begrifflichkeit zu projizieren, als er sie selbst
zu benutzen pflegte.

Gleich zu Beginn sollte deutlich gesagt werden, dass Jürgen Ku-
czynskis häufig wiederholte Überzeugung von der Gültigkeit jener
Fundamentalalternative auch in den neunziger Jahren nichts mit et-
waiger trivialer DDR-Nostalgie zu tun hatte.⁷ Zu jener Zeit hatte er
sich strikt vom Gesamtsystem der DDR distanziert, und er konnte
das tun, weil er die DDR-Gesellschaft – wie die so genannten real-
sozialistischen Gesellschaften überhaupt – gar nicht mehr als eine
sozialistische betrachtete. Lediglich sozialistische Elemente gestand
er ihr noch zu, die aber ihren Gesamtcharakter nicht bestimmt hät-
ten; insgesamt sah er sie nun als eine Sackgasse der Geschichte. Ge-
wiss war dies, wie er selbst bekannte, nicht seine Meinung von An-
fang an. Er wollte sich aber auch nicht nachträglich als einen
Allwissenden hinstellen, der von vornherein alles besser gewusst
und sich unter den Verhältnissen der DDR lediglich verstellt hätte;
für diese Verhaltensweise, die er in seinem weiteren Umkreis reich-
lich beobachten konnte, hatte er nur Spott übrig. Nach meiner An-
sicht gereicht es ihm zur Ehre, dass er auch in weit fortgeschrittenem
Lebensalter bereit und mutig genug war, sich zu revidieren. Scharfe,
teilweise auch hämische Vorwürfe deswegen sind ihm nicht erspart
geblieben. Wer aber zugesteht, dass das verbreitete und nicht selten
mit administrativen Konsequenzen verbundene Verfahren, unkon-
ventionelle Ansichten zu wichtigen Fragen der gesellschaftlichen
Entwicklung als »Revisionismus« zu brandmarken, zu den selbst-
fabrizierten Sargnägeln der DDR gehörte, der wird auch Kuczynski
jedes Recht zubilligen müssen, seine Ansichten über den ostdeut-
schen Staat post factum zu ändern.

Im Herbst 1989 war Jürgen Kuczynski für kurze Zeit der Mei-
nung, nun könnte eine selbstbestimmte Erneuerung der DDR begin-
nen, die über die Entfaltung von Basisdemokratie die Tür zu einer
wirklich sozialistischen Entwicklung aufstoßen würde. Fasziniert
von der sowjetischen Perestroika, erklärte er beispielsweise Anfang
Dezember 1989 in einem Hamburger Vortrag: »Wie wird der Sozia-
lismus erstarken, wie wird er blühen, wenn wir in allen sozialisti-
schen Ländern diesen Kurs zu steuern lernen! Auch wir in der Deut-
schen Demokratischen Republik haben, wahrlich reichlich spät, eine
Revolution unserer Verhältnisse begonnen, dem Beispiel der Sow-
jetunion folgend. Das Volk, auch die Masse der Parteimitglieder, hat
sie erzwungen. Großartig für einen Marxisten seit sechseinhalb
Jahrzehnten, solch eine Volksbewegung noch erleben zu dürfen.«⁸ Es
ist heute noch gut in Erinnerung, dass diese Ansicht keineswegs eine
Kuczynskische Privatillusion war, sondern damals von vielen geteilt
wurde, sowohl in der oppositionellen Bürgerbewegung als auch unter
den Reformbefürwortern innerhalb der SED.⁹ Noch heute ist schwer
zu sagen, ob es sich dabei um eine historische Option mit zwar
minimaler, aber immerhin bestehender Realisierungswahrscheinlich-
keit oder um eine heroische Illusion gehandelt hatte. Wenn man nicht
allein aus der Binnensicht der DDR urteilt, sondern die damals beste-

hende globale Kräfteverteilung in Betracht zieht, dann spricht freilich mehr für eine bloße Illusion der Akteure – die freilich erst im Nachhinein als solche erkennbar war, nicht im Strudel der sich überstürzenden Ereignisse in jenen spannungsgeladenen Monaten.

Jedenfalls hat Kuczynski frühzeitig gesehen, dass sich das Spektrum der historischen Möglichkeiten auf das eine Ziel der deutschen Vereinigung verengte. Hier allerdings tat sich auf einer nachgeordneten Ebene wiederum ein Bündel von Optionen auf, betreffend die Ausgestaltung der Gesellschaft des vereinigten Deutschland im Detail, die Wege zu diesem Ziel und die Tempi, in denen diese Wege zu durchlaufen waren. Auf dieser Ebene ist man – anders als bei der eher nur *denkmöglichen* Fortexistenz einer erneuerten DDR – keineswegs berechtigt, irgendwelchen der in Frage kommenden Optionen von vornherein jede reale Möglichkeit abzusprechen. Vielmehr mussten taktische Schläue und erheblicher materieller Aufwand mobilisiert werden, um die politisch nicht gewollten Optionen zuverlässig auszuschließen. An Kuczynskis Umgang mit dieser Entscheidungssituation kann man sich ein Bild von seinem Verhältnis zu geschichtlichen Alternativen machen.

Als die Idee einer erneuerten DDR in den Hintergrund trat, zeichneten sich zwei prinzipielle, in sich wiederum mannigfach differenzierte Optionen ab. Die eine, schließlich realisierte war der kurzfristige Beitritt der DDR zur Bundesrepublik unter restloser Übernahme ihrer Verhältnisse; dies war mit der Intention verbunden, dass von der Identität und Tradition der DDR nichts bleiben und das historische Urteil über die DDR ein ausschließlich negatives sein sollte. Die andere, unvergleichlich anspruchsvollere Option sah eine mehrjährige Übergangsphase vor, oft in der Rechtsform der Konföderation gedacht, bei der zumindest nicht a priori ausgeschlossen war, dass der in Aussicht genommene Prozess der behutsamen Annäherung in einer *wechselseitigen* Einflussnahme bestehen und das schließlich resultierende einheitliche Deutschland Züge verbinden könnte, die aus den Traditionen *beider* Staaten herrührten.

Kuczynski war ein klarer Befürworter der Konföderationsvariante. Wie er berichtete, hätte in einem Gespräch, das er am Rande eines Kolloquiums zu Ehren des achtzigsten Geburtstages von Marion Gräfin Dönhoff mit Willy Brandt über die Zukunft Deutschlands führte, auch dieser dem Weg über die Konföderation den Vorzug gegeben.¹⁰ Dieser Standpunkt, den Brandt auch noch auf dem SPD-Parteitag im Dezember 1989 vertrat, schien damals mehrheitsfähig, doch das Klima änderte sich unglaublich schnell. Nach Kuczynskis Darstellung hatte das bundesdeutsche Establishment bereits bis Anfang 1990 die Wendung weg von der Konföderationsvariante zur Sicherstellung eines perfekten und schnellen Anschlusses über die Zusage einer der politischen Vereinigung vorangehenden Währungsunion vollzogen – einer Variante, vor der noch kurz zuvor Ökonomen eindringlich gewarnt hatten. Bereits einen Monat nach dem Dönhoff-Kolloquium sah sich Kuczynski nicht mehr in einer mehrheitsfähigen, sondern in einer marginalisierten Position, als er Anfang Januar 1990 auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing weiterhin den Konföderationsgedanken vertrat und dabei lediglich von Günter Grass unterstützt wurde.¹¹

ihrer Totalverteufelung entwickelt hat, äußerte sich Kuczynski selbst Ende 1993 in einem Presseartikel, den er in seine Memoiren aufnahm: »Nostalgie nach einem Staat, in dem die Pressefreiheit kleiner war als unter Friedrich dem Großen? Nostalgie nach einem Staat, in dem die Basisdemokratie noch kümmerlicher war als in der Bundesrepublik? Nostalgie nach einem Staat, in dem die herrschende Clique unfehlbar war? ... Nein, keine Nostalgie nach einem so feudal-absolutistisch geprägten Staat! Keine DDR-Nostalgie! ... Aber deswegen darf doch Nostalgie nach so manchen Verhältnissen in der DDR nicht verboten sein. Wahrlich, ich bin voller Nostalgie nach gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen jeder Arbeit hatte und keiner arbeitslos war, in denen es keine Obdachlosen gab, in denen keiner auch nur einen Tag zu hungern brauchte, in denen jeder unabhängig von den finanziellen Verhältnissen der Eltern studieren konnte. Nein, solche Nostalgie lasse ich mir von niemandem verbieten!« – Kuczynski, Ein hoffnungsloser (wie Anm. 6), S. 303-304.

8 Kuczynski, Schwierige Jahre (wie Anm. 4), S. 189.

9 Siegfried Prokop (Hrsg.): Die kurze Zeit der Utopie. Die »zweite DDR« im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin 1994.

10 Kuczynski, Letzte Gedanken (wie Anm. 1), S. 84. – »Ich sprach auch ausführlicher mit Willy Brandt, der damals lebhaft für eine deutsche Konföderation eintrat und mir sagte, dafür würde er auch auf dem Parteitag Mitte De-

zember sprechen. Wenige Wochen später, als wir beide zusammen mit Genscher auf einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie in Tutzing Kurzreferate zur deutschen Frage hielten, flüsterte er mir zu: »... der Zug ist abgefahren und trat für eine völlige Vereinigung ein.« Kuczynski, Ein hoffnungsloser (wie Anm. 6), S. 77.

11 Kuczynski, Letzte Gedanken (wie Anm. 1), S. 84-85.

12 Ebenda, S. 85.

13 Jürgen Kuczynski: Probleme der Selbstkritik. Sowie von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte, Köln 1991, S. 72.

Im März 1990 veröffentlichte Kuczynski einen Aufsatz in der *Weltbühne*. Darin bezog er sich auf einen Artikel eines westdeutschen Gewerkschafters, der eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe mit Massenarbeitslosigkeit für den Fall voraussah, dass die Währungsunion am Anfang und nicht am Ende der wirtschaftlichen Sanierung stände. Kuczynski nannte in seinem Aufsatz die damals erst projektierte Währungsunion ein »Abenteurer von unkontrollierbarer Zerstörungskraft« und meinte, der DDR drohe die Gefahr, zum Armenhaus Deutschlands zu werden: »Von den politischen Fernwirkungen ganz zu schweigen: Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit wären der Nährboden für rechtsradikale Lösungen. Es gibt nicht den wundersamen marktwirtschaftlichen Konsumaufschwung über Nacht bei fortgeschriebener sozialer Sicherheit und Vollbeschäftigung. Elbe und Rhein fließen nicht bergauf.«¹² Noch am 1. Mai 1990 an der Universität Tübingen äußerte er sich skeptisch zur Option des bedingungslosen Beitritts: »Es ist offenbar, dass eine Einigung der beiden deutschen Staaten stattfinden wird. Die entscheidende Frage ist, ob das in einem Prozess der Einvernahme der DDR mit Hilfe des Artikels 23 des Grundgesetzes und durch Aufgabe aller sozialistischen Elemente der Gesellschaft der DDR oder mit sozialistischen Reservaten für die DDR bzw. gar mit Übernahme einiger unserer Errungenschaften in der BRD erfolgen wird.« Als derartige Errungenschaften nannte er unter anderem »ein zwar kümmerliches, aber absolut gesichertes Existenzminimum« für ausnahmslos jeden Bürger, das völlige Fehlen von Arbeitslosigkeit und das umfassende soziale Sicherheitsnetz und gelangte zu dem Schluss: »Ich meine, das sind nach 40 Jahren Sozialismus kümmerliche, aber im Vergleich zum Kapitalismus höchst bemerkenswerte Leistungen, die bei einer Einigung der beiden deutschen Staaten nicht verloren gehen sollten.«¹³ Liest man diese vor fünfzehn Jahren niedergeschriebenen Sätze vor dem Hintergrund der heute aktuellen Problemsituation in Deutschland und der darauf bezogenen Debatten, dann kann man nicht umhin, sich über die Illusionen eines erfahrenen Gelehrten zu wundern und zugleich seinem Weitblick Respekt zu zollen. Im Frühjahr 1990 aber war es äußerst unpopulär, Derartiges zu sagen oder zu schreiben. Euphorisiert vom funkelnden Glanz der zum Greifen nahen D-Mark, wollte man von Risiken und Nebenwirkungen nichts hören. Bei der Redaktion der *Weltbühne* gingen Protestbriefe ein. Übrigens half es dem gewendeten Wochenblatt nichts, dass es fortan auf Jürgen Kuczynskis Feder verzichtete – es landete im Aus wie so viele andere Periodika aus der DDR (*Ossietzky* und *Das Blättchen*, die die Tradition der alten *Weltbühne* eindrucksvoll weiterführen, sind ja unabhängige und wesentlich spätere Neugründungen).

Was hatte nun Kuczynski, erkenntnistheoretisch betrachtet, in dem hier in Erinnerung gerufenen Exempel getan?

Er hatte

erstens die aktuelle Situation in Deutschland auf die in ihr enthaltenen alternativen Pfade der weiteren Entwicklung befragt und analysiert;

zweitens die sich abzeichnenden Alternativen so genau und vollständig beschrieben, wie es damals möglich war;

drittens die aus den alternativen Optionen sicher oder wahrscheinlich resultierenden Konsequenzen zu erfassen versucht und danach die Optionen selbst bewertet.

In der Terminologie Ossip K. Flechtheims hieße das, aus der Analyse einer Situation die in dieser enthaltenen »möglichen Zukünfte« zu ermitteln: »Die Zukunft ist niemals eindeutig festgelegt; innerhalb bestimmter Grenzen oder, wie man heute sagt, Parameter bleiben mehrere Wege offen. Deshalb hat die Pluralform ›Zukünfte‹ ihre Berechtigung. Vieles mag unwiederbringlich verloren und in Zukunft nicht mehr möglich sein, aber noch können wir zwischen verschiedenen Zukünften wählen.«¹⁴ Kuczynski hat diese Ausdrucksweise allerdings nicht übernommen, obwohl sie die Offenheit der Geschichte nach vorn sehr anschaulich ausdrückt, wie er überhaupt in der Wahl von Termini eher konventionell und zurückhaltend verfuhr.

Die Existenz begrenzter historischer Alternativen – wie etwa die unterschiedlicher Modi der deutschen Vereinigung in der Situation von 1989/90 – wird nirgends ernsthaft bezweifelt. Allerdings werden sie *vor* dem Handeln in der Regel nicht ausgelotet, weil die Akteure von vornherein mit bestimmten Präferenzen ausgestattet sind und es dann, wenn sie über ausreichende Durchsetzungskraft verfügen, oft vorziehen, die präferierte Option als alternativlos hinzustellen. Die politische Szene im gegenwärtigen Deutschland verfügt über Talente, die die Kunst des Verdeckens von Alternativen meisterhaft beherrschen. In der Literatur wird die rhetorische Figur der behaupteten Alternativlosigkeit gern mit Margaret Thatcher und ihrem TINA-Argument (»There is no alternative«) in Verbindung gebracht.

Anders als mit den Alternativen geringer oder mittlerer Reichweite verhält es sich allerdings mit der Frage, ob die Menschheitsgeschichte im ganzen optional verläuft. Es ist ja keineswegs abwegig zu vermuten, dass die Weichenstellungen auf der Mikro- und Mesoebene der Geschichte nur zulässige Variationen zwischen gesetzmäßig festgelegten Leitplanken sind, die mit deterministischer Zwangsläufigkeit von der Vergangenheit in die Zukunft führen, mag diese determinierte Richtung eher unverbindlich »Fortschritt« oder in marxistischer Redeweise gesetzmäßig festgelegte Folge von Gesellschaftsordnungen genannt werden. Freilich, die Denkstruktur, die sich in einer solchen Vermutung kundtut, passt geistesgeschichtlich eher in das 19. als in das 20. oder gar in das 21. Jahrhundert. Dennoch bestimmte sie – weitgehend unabhängig davon, wie Marx selbst über den Gesamtverlauf der Geschichte dachte – die kodifizierte Gestalt des Marxismus-Leninismus. Wenn auch nicht die Metrik – die Topologie der Geschichte jedenfalls erschien darin eindeutig festgelegt: Dem Kapitalismus musste mit quasi-naturgesetzlicher Notwendigkeit der Sozialismus folgen. Dieser weltanschauliche Hintergrund verlieh den Kommunisten Selbstsicherheit, begründete ihren Avantgardismus und war ihr Halt, wenn sie in tragische und ausweglose Situationen gerieten. Zugleich war er Quelle von Dogmen und Illusionen, die das kreative Denken lähmten. Die politikleitende Vorstellung der Nachkriegsjahrzehnte, die Etablierung des so genannten Realsozialismus sei historisch irreversibel, entsprang dieser Quelle.

Auch Jürgen Kuczynski konnte sich ihr nicht entziehen. Selbst im ersten *Dialog mit meinem Urenkel*, einem für die damaligen DDR-

14 Ossip K. Flechtheim: Ist die Zukunft noch zu retten? Hamburg 1987, S. 12.

15 Kuczynski, Dialog (wie Anm. 3), S. 19.

Verhältnisse wirklich ungewöhnlich kritischen Buch, finden sich Passagen wie die folgende: »Doch, mein Guter, ich bin nicht auf die Welt gekommen, ich bin nicht Kommunist geworden, um es besser zu haben, sondern um eine bessere Welt schaffen zu helfen. Und wer kann bestreiten, dass meine Genossen und ich mit diesem unseren Streben und Wollen einen großen Erfolg gehabt haben. Die Zeit ist vorbei, in der wir an den Sozialismus auf deutschem Boden nur glaubten und uns um seine Existenz in der Sowjetunion, umgeben von einer kapitalistischen Welt, die ihn vernichten will, stete Sorge machen mussten. Wir sind endgültig und für immer da, wir Kommunisten, in einer sozialistischen Gesellschaft lebend und sie bauend.«¹⁵ Auch in den frühen Achtzigern war also Kuczynski offenbar noch von der Irreversibilität des Erreichten überzeugt; er sah es als im Ganzen stabil, wenn auch im Einzelnen stark veränderungs- und verbesserungsbedürftig an. Zugleich bereitete ihm die Kategorie der *historischen Gesetzmäßigkeit* sichtlich Unbehagen. Man sieht es im selben Buch beispielsweise an der Passage, in der er dem Urenkel den sowjetischen Sieg im Zweiten Weltkrieg erläutert und in der es heißt: »In gar zu vielen Geschichten des zweiten Weltkrieges, die von marxistischen Historikern geschrieben wurden, lesen wir, dass der Sieg der Sowjetunion über das faschistische Deutschland gesetzmäßig gewesen sei. Ach, wie einfach wäre der Fortschritt, wie billig, wenn er gesetzmäßig gradlinig wäre. Aber die Klassiker des Marxismus haben uns gelehrt, dass genau das nicht der Fall ist. Nicht wer um irgendeine Gesetzmäßigkeit des Sieges weiß, erkämpft ihn in der Schlacht und im Krieg. Niemand ist optimistisch, dass das Gravitationsgesetz sich durchsetzt. An den Sieg aber muss man optimistisch glauben, und in diesem festen Glauben unerschütterlich ringen – gestützt auf das feste Wissen, dass die eigene Sache gerecht ist.«¹⁶

16 Ebenda, S. 90.

Hier rücken unversehens die Begriffe Glauben und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt – Begriffe, die in einer deterministischen Ablaufbeschreibung keinen Platz haben. Dennoch bedurfte es wohl auch für einen so unabhängigen Denker wie Jürgen Kuczynski der Erschütterung von 1989, um das Gehäuse des historischen Determinismus endgültig aufzubrechen: »Bildete ich mir doch ein, dass wir trotz aller Fehler, die ich sah, auf dem Weg zur Vollendung einer wahrlich sozialistischen Gesellschaft waren. Diese Welt, diese Illusion war mit dem Ende der DDR für mich zusammengebrochen.«¹⁷ Das geschah über seine an zahlreichen Stellen zum Ausdruck gebrachte Inversion in der Bewertung des Realsozialismus: Diese Gesellschaft erschien ihm nun nicht mehr als ein mit zwar schwerwiegenden, aber korrigierbaren Mängeln behaftetes und damit im Prinzip entwicklungsfähiges Gebilde, sondern als eine zum Untergang verurteilte Fehlentwicklung, die aber progressive, bewahrens-werte Elemente – insbesondere das einzigartige Niveau sozialer Sicherung – enthielt. Das Prädikat »sozialistisch« wurde dieser Gesellschaft in seinem Urteil entzogen. Lediglich als eine »nicht-kapitalistische« wollte er sie noch bezeichnen.¹⁸ Das Etikett »Realsozialismus« bezeichnete demnach nicht etwa eine Variante des Typus »Sozialismus«, sondern eine grundsätzlich nichtsozialistische Gesellschaftsform, in die reale, aber nicht bestimmende sozialistische

17 Kuczynski, Fortgesetzter Dialog (wie Anm. 2), S. 118.

18 Kuczynski, Letzte Gedanken (wie Anm. 1), S. 81.

Elemente eingefügt waren. Wie man zu dieser theoretischen Konstruktion auch stehen mag – vordergründig erlaubt sie, an der Idee des Sozialismus festzuhalten, ohne die DDR verteidigen zu müssen. Der Effekt der gedanklichen Inversion ging jedoch tiefer. Wenn der Ausbruch aus dem kapitalistischen Entwicklungspfad historisch in langfristige Sackgassen führen konnte, dann musste das Nachdenken darüber auch die geschichtsdeterministische Überzeugung von der gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsordnungen erschüttern. Dies fand seinen Ausdruck darin, dass die eingangs genannte Fundamentalalternative von Sozialismus oder Barbarei in das Zentrum der geschichtsphilosophischen Überzeugungen Kuczynskis rückte.

Nach meiner Ansicht ist das Wichtigste daran weder die dichotomische Struktur der Alternative noch die Wahl der Bezeichnungen für die beiden in Betracht gezogenen konträren Möglichkeiten. Vielmehr ist es die Annahme, dass der historische Prozess nicht nur im Detail, sondern im Ganzen entwicklungs offen, also optional sei. Diese Ansicht wird auch den Begründern des Marxismus zugeschrieben. Im *Fortgesetzten Dialog* heißt es dazu: »Wie sagten Marx und Engels? Sozialismus oder Barbarei, das ist die Alternative der künftigen Entwicklung. Und sie waren keineswegs sicher, welche der beiden Richtungen sich durchsetzen würde. Aber sie glaubten (sie wussten es nicht, sie hofften fest) an den Sieg des Sozialismus.«¹⁹ In dieser Sicht ist die Wissenschaft für die Begründung einer sozialistischen Option nicht außer Dienst gestellt, aber das Äußerste, das von ihr erwartet werden kann, ist der Nachweis des Bestehens einer realen Möglichkeit. Unangemessen wäre es hingegen, von ihr eine Erfolgsgarantie zu erwarten. Die Unabhängigkeit der Wissenschaft von der Politik, von politischen Ziel- und Wunschvorstellungen ist nicht nur *conditio sine qua non* ihrer eigenen Identität – das sollte sich von selbst verstehen –, sondern auch Desiderat einer realistischen Politik, die nur von einer unabhängigen Wissenschaft erwarten kann, unvoreingenommen beraten zu werden. Sozialismus als gesellschaftliche Bewegung tritt damit aus den Fesseln des Szientismus heraus, und Glaube und Hoffnung werden als nicht weniger wichtige, irreduzible Konstituenten dieser Bewegung anerkannt, statt ihre Unersetzlichkeit durch eine künstliche Fassade von Wissenschaftlichkeit zu kaschieren. Wenn es sich aber so verhält, dann kann die Begründung sozialistischer Politik nur dialogisch erfolgen, nicht avantgardistisch unter Berufung auf eine transzendente Instanz. Über die Unabdingbarkeit des Glaubens in der sozialistischen Bewegung sagte Kuczynski: »Aber Marx war nicht nur ein großer Wissenschaftler. Er war auch ein Gläubiger. Nachdem er wissenschaftlich nachgewiesen hatte, dass vor der Menschheit die Alternative steht: ›Sozialismus oder Barbarei‹ – wurde er zum Gläubigen und sah in der Zukunft den Sieg des Sozialismus.«²⁰ Für Mario Keßler – in einer glänzenden, dem Topos vom »linientreuen Dissidenten« gewidmeten Analyse – war Kuczynski selbst »ein *kritischer Gläubiger*«²¹.

Das alles steckt in dem Perspektivenwechsel, den Jürgen Kuczynski in seinen späten Jahren vollzogen hat. Man sollte m. E. das, was er zur Aufhellung der von ihm in den Vordergrund gerückten Fundamentalalternative beizutragen hatte, von dem dahinter stehenden Wandel des geschichtsphilosophischen Horizonts unterscheiden.

19 Kuczynski, *Fortgesetzter Dialog* (wie Anm. 2), S. 28.

20 Kuczynski, *Ein hoffnungsloser* (wie Anm. 6), S. 257.

21 Mario Keßler: Jürgen Kuczynski – ein linientreuer Dissident? In: *UTOPIE kreativ*, H. 171 (Januar 2005), S. 42-49, hier S. 48.

Die Bedeutung der Horizontverschiebung scheint mir entschieden größer zu sein. Zunächst aber soll Kuczynskis Bild von der aktuellen Fundamentalalternative in Erinnerung gerufen werden. Mit dem Ende des Realsozialismus, der den Wettbewerb mit dem effizienteren Kapitalismus nicht bestanden hatte, sah er Tendenzen einer Auflösung des Kapitalismus in Barbarei zunehmend stärker werden. Das wichtigste Symptom dafür war für ihn die ökonomisch verursachte dauerhafte Ausgrenzung immer größerer Kontingente der Bevölkerung aus der Normalität des gesellschaftlichen Lebens. Dafür gab er mit der tendenziellen Veränderung des Konjunkturverlaufs einen plausiblen ökonomischen Mechanismus an. War bis zum Ersten Weltkrieg der periodische Konjunkturaufschwung noch durch Abbau der Arbeitslosigkeit bis hin zum Arbeitskräftemangel gekennzeichnet, wurde danach die Arbeitslosigkeit bereits zu einem nur noch in Ausnahmesituationen unterbrochenen permanenten Phänomen, so begann sich in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine ökonomische Bewegungsform des Kapitalismus durchzusetzen, die bei Fortsetzung der konjunkturellen Produktions- und Gewinnaufschwünge durch steigende Dauerarbeitslosigkeit, tendenziellen Rückgang der Realeinkünfte aus abhängiger Beschäftigung und Schwächung der Sozialsysteme charakterisiert ist. Kuczynski sprach in diesem Zusammenhang von »gespaltener Konjunktur«: »Eine Spaltung derart, dass sich die Lage des Kapitals verbessert und die der arbeitenden Bevölkerung sich verschlechtert. Zu dieser Verschlechterung trägt auch der rapide Abbau der Sozialsysteme bei.«²² Gelegentlich brachte er für dieses Phänomen auch den Terminus »Disjunktur« in Vorschlag.²³ Es ist schwer zu sagen, ob »Barbarei« in seinem Sprachgebrauch eher eine Metapher für Tendenzen darstellte, die innerhalb des Kapitalismus verbleiben, oder ob damit eine hypothetische Gesellschaftsform jenseits des Kapitalismus gemeint war, in die der Kapitalismus überzugehen drohe. Die Formulierung, der Kapitalismus löse sich in Barbarei auf, legt das letztgenannte Verständnis nahe. Andererseits bemerkte er, es sei auch in den Nachkriegsjahrzehnten nicht zu ahnen gewesen, »dass die Zeit vom Ende des Ersten Weltkrieges bis an den Anfang der neunziger Jahre nur eine Übergangsperiode zu einer neuen Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus sein würde«²⁴.

Wie Eric Hobsbawm – und unter Berufung auf diesen²⁵ – sprach er von der »Dunkelheit der Zukunft« und bemerkte: »Nicht nur Barbarei, sondern auch politisches Chaos breiten sich immer mehr aus – oder gehört das Chaos zur Barbarei? –, und die Zukunft der Menschheit steht im grellsten Zwielficht.«²⁶ Zugleich sah Kuczynski durchaus die Existenz mehrerer Varianten des Kapitalismus, die ganz unterschiedlich zu bewerten sind. Für den Sozialismus hingegen zog er alternative Varianten nicht in Betracht, wohl auch deshalb, weil er davon ausging, dass es bisher noch nirgendwo eine wirklich sozialistische Gesellschaft gegeben habe.

Vor allem aber hatte diese Differenzierung im methodischen Vorgehen für ihn eine prinzipielle Bedeutung, denn er verwendete die Termini »Kapitalismus« und »Sozialismus« auf eine inkongruente Weise, wie aus der folgenden Bemerkung hervorgeht: »Das ist der Unterschied zwischen Kapitalismus, der ökonomischen (!) Bezeich-

22 Kuczynski, Letzte Gedanken (wie Anm. 1), S. 145.

23 Ebenda, S. 154.

24 Ebenda, S. 144.

25 Hobsbawm schreibt, seine Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts ende »mit einem Blick ins Dunkle. Der Zusammenbruch des einen Teils der Welt enthüllte die Malaise des anderen«. Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1999, S. 24.

26 Kuczynski, Fortgesetzter Dialog (wie Anm. 2), S. 203.

nung einer Gesellschaftsordnung, die rein diktatorisch, terroristisch sein kann oder erste Anfänge einer Demokratie zeigen kann, auf der einen Seite, und Sozialismus, der das gesellschaftliche (nicht ökonomische!) Verhältnis der Menschen untereinander bezeichnet, auf der anderen Seite.«²⁷ Diese Stelle bezieht sich darauf, dass sowohl die Weimarer Demokratie als auch die Nazidiktatur auf dem ökonomischen Fundament einer kapitalistischen Wirtschaft basierten. Am ehesten kann man Kuczynskis Aussage, die nicht präzise formuliert ist, wohl so deuten, dass »Kapitalismus« eine Wirtschaftsordnung, »Sozialismus« hingegen eine Gesellschaftsordnung bezeichnen sollte; wenn das zutrifft, dann sind beide nicht direkt vergleichbar, und die theoretische Fragestellung, ob es eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf dem Fundament einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung geben könnte, wäre nicht von vornherein abwegig.

27 Ebenda, S. 190.

De facto aber oszilliert die Bedeutung des Terminus »Kapitalismus« in den Texten von Kuczynski zwischen einer Wirtschaftsordnung und einer Gesellschaftsform. Sozialismus bedeutete für ihn zuerst und vor allem hochentwickelte Demokratie – weit über das im Kapitalismus erreichbare Maß hinaus, doch unter sorgfältiger Anknüpfung an alle seine Errungenschaften auf diesem Feld – , vollendete Freiheit des Individuums und insofern durchgehende Vergesellschaftung: »Die Idee eines undemokratischen Sozialismus ist ebenso unsinnig wie die einer männlichen Mutter.«²⁸ Der rudimentäre Status demokratischer Mitbestimmung im »Realsozialismus« war ihm der entscheidende Grund dafür, diesen eben nicht als eine sozialistische Gesellschaft zu qualifizieren. Aufschlussreich für seinen Standpunkt ist hier eine Passage aus einem Vortragsmanuskript vom Herbst 1990, das er in *Probleme der Selbstkritik* (1991) veröffentlichte: »Der tiefste Sinn des Sozialismus ist die freie Entwicklung des einzelnen als Voraussetzung für die Freiheit der Entwicklung der Gesellschaft. Ohne das gibt es keinen oder nur teilweisen oder nur deformierten Sozialismus. Alles andere sind nur Maßnahmen bzw. Voraussetzungen, um den Sozialismus möglich zu machen. Sie mit Sozialismus selbst zu verwechseln, ist grundfalsch. So ist es grundfalsch, etwa die Enteignung des großkapitalistischen Eigentums als eine Art sozialistische Maßnahme zu kennzeichnen.«²⁹ Daher wird man kaum fündig, wenn man bei Kuczynski Antworten auf die Frage sucht, wie das ökonomische Fundament einer sozialistischen Gesellschaft beschaffen sein könnte oder sollte. Als er seine Erwartung ausdrückte, dass die Welt angesichts der offenkundigen Mängel des kapitalistischen Weltsystems in nicht gar so ferner Zukunft eine verwirklichte sozialistische Gesellschaft erleben würde, fügte er erläuternd hinzu: »Vielleicht noch lange nicht in vollendeter Form. Vielleicht zuerst in einer Mischform von weniger wütender Markt- und besser entwickelter Plan- und Sozialwirtschaft als heute in der BRD...«³⁰ Übrigens ist von theoretischem Interesse, dass Kuczynski ganz verschiedenartige Gesellschaften als *Mischformen* charakterisierte, beispielsweise jene der DDR als Legierung aus feudalabsolutistischer Herrschaft mit einer starken Bürokratie, verkümmerten Zügen von Kapitalismus und Elementen des Sozialismus in unentwickelter, teilweise deformierter Gestalt. Dies bedeutet das Abgehen von einer verdinglichten Auffassung des Begriffs der Gesellschaftsordnung

28 Ebenda, S. 191.

29 Kuczynski, *Probleme der Selbstkritik* (wie Anm. 13), S. 59.

30 Ebenda, S. 65.

31 Lutz Niethammer: Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende? Reinbek b. Hamburg 1989. Zu den Hintergründen dieser ideologischen Wendung siehe: Wolfgang Küttler: Formationstheorie und Moderne, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 8 (1996) 8/9, S. 17-56, hier S. 22-23.

32 Dieter Klein: Die bürgerliche Gesellschaft vor der Reform zur überlebensfähigen Gesellschaft, in: UTOPIE konkret, H. 2 (Oktober 1990), S. 6-11, hier S. 6.

33 Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992. Kuczynski nahm diesen Trend zur Kenntnis und kommentierte ihn. In einem Vortragsmanuskript vom Herbst 1990 heißt es: »Die Mehrheit glaubt, wie die Mehrheit in den anderen fortgeschrittenen Industriestaaten, dass der Sozialismus keine Zukunft mehr habe. Der Kapitalismus habe sich endgültig als das überlegene System erwiesen. Ja, aus den Vereinigten Staaten kommt eine neue Historikerschule, die meint, das Ende der Geschichte sei gekommen, das letzte Kapitel werde durchlebt – in dem Sinne, dass eine Höherentwicklung des gesellschaftlichen Lebens über das im Kapitalismus hinaus nicht mehr möglich sei«. Kuczynski, Probleme der Selbstkritik (wie Anm. 13), S. 53.

34 Dieter Klein (Hrsg.), Michael Brie, Michael Chrapa, Judith Dellheim, Rainer Land, Dieter Zahn: Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunfts-

und eine weitere Theoretisierung dieses Begriffs in Richtung auf die Idee einer *idealtypischen Struktur*, so dass wirkliche, empirisch vorfindbare Gesellschaften als Superpositionen, als Komposita solcher Strukturen gekennzeichnet werden können.

Am allerwichtigsten aber scheint mir, wie bereits bemerkt, der geschichtsphilosophische Perspektivenwechsel zu sein. Es ist bemerkenswert, dass Kuczynski den öffentlichen Übergang vom Geschichtsdeterminismus zum Denken in fundamentalen historischen Alternativen gerade zu einer Zeit vollzog, als bei der geistigen Elite der siegenden Seite eine genau umgekehrte Wendung eintrat. Die Geschichte schien nicht mehr länger grundsätzlich offen zu sein; vielmehr schien die Gesellschaft mit dem parlamentarisch-demokratisch verfassten Hochkapitalismus ihre endgültige Idealgestalt erreicht zu haben. Gegen Ende der achtziger Jahre war diese Überzeugung unter dem Stichwort »Posthistoire« bei westlichen Intellektuellen weit verbreitet.³¹ Zum prominentesten Verkünder des neuen Lebensgefühls wurde Francis Fukuyama. In einem Aufsatz vom Sommer 1989 versah er den Titel *The End of History?* noch mit einem Fragezeichen – im zweiten Heft der (damals noch *UTOPIE konkret* genannten) kurz zuvor von Helmut Steiner begründeten neuen linken theoretischen Zeitschrift hatte im Oktober 1990 Dieter Klein dazu Stellung bezogen.³² In Fukuyamas wenig später erschienenem umfangreichen Werk *Das Ende der Geschichte* war das Fragezeichen nicht mehr nötig, Gewissheit war erreicht.³³ Die neue Mentalität machte sich im politischen Alltag mit einer generellen Denunziation der Utopie als Denkform und mit Parolen wie »Nie wieder sozialistische Experimente« geltend. Etwas später sah man, dass die Gesellschaft, um jenen Idealzustand perfekt zu erreichen, auf dem Weg einschneidender Sozialreformen noch von den Relikten der Umverteilungsstandards befreit werden musste, die sie in Reaktion auf die Systemkonkurrenz entwickelt hatte, aber die Denkrichtung blieb im Prinzip die gleiche.

Doch die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen ließ sich nicht auf Dauer aus dem geistigen Leben ausschalten. Die Entwicklung der Vorstellung vom demokratischen Sozialismus, die der sozialdemokratischen Tradition entstammte, von der SPD aber mehr und mehr verlassen worden war, im Umfeld der PDS ging von vornherein von der Vorstellung der Optionalität der Gesellschaft aus.³⁴ Starke Quellen für die Formulierung von gesellschaftlichen Alternativvorstellungen waren und sind die Diskurse über die *Wissensgesellschaft* und über *nachhaltige Entwicklung*. Unlängst ist eine bemerkenswerte Dissertation zur Sache aus der Feder der Münsteraner Soziologin Sandra Thieme erschienen. Sie trägt den Titel *Perspektiven ökologisch-nachhaltiger Entwicklung. Zur Aktualität utopischen Denkens*³⁵ und analysiert vergleichend die ökologisch motivierten Utopieentwürfe des Amerikaners Ernest Callenbach (*Ökotoxia*), des deutschen Physikochemikers Robert Havemann (*Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg*), des Schweizer Anarchisten P. M. (bolo'bolo) und des deutschen Sozialdemokraten und Trägers des alternativen Nobelpreises Hermann Scheer (*Solare Weltwirtschaft*). Utopien erscheinen hier als Instrumente zur Aufdeckung und Analyse realer Gesellschaftsalternativen. Das Literaturverzeichnis weist

diverse Titel aus, in denen Termini wie »Alternativen«, »Zukünfte« usw. vorkommen – ein Symptom dafür, dass sich das utopische, den Horizont des bestehenden Gesellschaftssystems überschreitende Denken wieder zu regen beginnt. Die junge Autorin bemerkt zu den Absichten ihrer Untersuchung: »Die Motivation zu dieser Arbeit lag darin, den bestehenden, sozial und ökonomisch zerstörerischen Verhältnissen, welche für sich paradoxerweise Alternativlosigkeit beanspruchen, andere Ideen von zukunftsfähigen Gesellschaftskonzepten entgegenzusetzen. Welche Modelle alternativen Zusammenlebens und -arbeitens sind bekannt? Und wie funktionieren sie? Dass diese Ideen überhaupt existieren, ist den meisten Menschen nicht bewusst, da mit dem Scheitern des Staatssozialismus schon das Denken von Alternativen zum Kapitalismus in der Öffentlichkeit diskreditiert worden ist.«³⁶

Jürgen Kuczynski hat die Impulse, die von den Diskursen über die Topoi Nachhaltigkeit und Wissensgesellschaft ausgingen, nicht mehr oder nur noch am Rande aufgenommen. Auch für einen Universalisten seines Formats gab es unausweichlich Grenzen. Sein Analysestrang bei der Suche nach Alternativen war im wesentlichen der traditionelle, der über die Untersuchung des Produktivitätswachstums und seiner Konsequenzen für die soziale Frage. Sein bleibendes Verdienst aber ist, in einer für die Linke außerordentlich kritischen Zeit das Denken in historischen Alternativen und Optionen ermutigt und neu belebt zu haben. So hieß es bei ihm: »In gar nicht so ferner Zukunft eine neue Wende? Ja, das ist meine Hoffnung... Mit meinen 86 Jahren werde ich diese Wende wohl nicht mehr erleben. Aber die Vorfreude auf diese Wende lasse ich mir nicht nehmen!«³⁷

bericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003.

35 Sandra Thieme: Perspektiven ökologisch-nachhaltiger Entwicklung. Zur Aktualität utopischen Denkens, Schkeuditz 2004.

36 Ebenda, S. 212.

37 Kuczynski, Probleme der Selbstkritik (wie Anm. 13), S. 65.